

Subventionen der Atomenergie

Greenpeace-Studie: Erste umfassende Bilanzierung der staatlichen Förderung von Atomkraft in Deutschland

Seit Jahren streiten Atomkraftbefürworter und -gegner darüber, wie hoch die tatsächlichen Kosten der Atomkraft für die Bundesbürger sind. Die vielfältigen staatlichen Fördergelder für die Atomindustrie wurden bis heute nicht umfassend bilanziert und auch bewusst verschleiert. So werden in den Subventionsberichten der Bundesregierung für den Zeitraum von 1950 bis 2008 lediglich finanzielle Hilfen für die Landwirtschaft nach dem Tschernobyl-GAU in Höhe von weniger als 200 Millionen Euro als Atomsubvention aufgeführt¹. Eine von Greenpeace beim Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) in Auftrag gegebene Studie versucht erstmals eine weitgehend vollständige Bilanz aller staatlichen Förderungen zu Gunsten der Atomindustrie zusammen zu stellen. Das Ergebnis belegt: Der Staat und damit die Bundesbürger haben die Atomenergie zusätzlich zu den Stromkosten seit 1950 mit mindestens 165 Milliarden Euro gefördert. Das entspricht einer Subventionierung des Atomstroms von 3,9 Cent pro Kilowattstunde (kWh) Strom. Hinzu kommen zukünftige Kosten für die Gesellschaft von 92,5 Milliarden Euro, die heute bereits absehbar sind. Die Zuwendungen für die Atomkraft lägen laut Studie noch weitaus höher, wenn die Betreiber der AKW zudem für eine vollständige Haftpflichtversicherung im Fall eines nuklearen Unfalls aufkommen müssten. Würden bei Atomkraftwerken also die gleichen Haftungsregeln wie in anderen Wirtschaftsbereichen gelten, wäre Atomstrom um bis zu 2,70 Euro pro Kilowattstunde teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig.²

Welche staatlichen Förderungen für die Atomkraft gibt es?

Die errechneten Subventionen in Höhe von 165 Mrd. Euro setzen sich zusammen aus *direkten Finanzhilfen des Bundes* z.B. für die Forschungsförderung, den Kosten für den Betrieb der maroden Atommüllendlager Asse II und Morsleben, der Stilllegung der ostdeutschen AKW, sowie Beiträgen für Euratom³ und andere internationale Nuklearorganisationen. Berücksichtigt wurden zudem für die Atomenergie wirksame *Steuervergünstigungen* durch die Belassung der so genannten Rückstellungsgelder für Stilllegung und Entsorgung unter der Hoheit der Stromkonzerne und durch die Nichtbesteuerung des Kernbrennstoffs bis 2006 im Vergleich zu anderen Energieträgern. Unter der Überschrift „*Budgetunabhängige Regelungen*“ berechnet die Studie die Vorteile der Atomenergie durch staatliche Bürgschaften, den unvollständigen Wettbewerb in der Elektrizitätswirtschaft und die Strompreiserhöhungen durch die Einführung des Emissionshandels.

¹Dies hängt mit dem extrem engen Subventionsbegriff zusammen, der dem Subventionsbericht zu Grunde liegt.

²Die Kilowattstunde Strom kostet derzeit im Schnitt rund 20 Cent für Haushaltskunden.

³Die Europäische Atomgemeinschaft.

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

V.i.S.d.P. Andree Böhling

Zukünftige Kosten der Atomenergie

Heute schon absehbare zukünftige Kosten beziffert die Studie auf mindestens 92,5 Mrd. Euro. Das entspricht einer weiteren Subventionierung des Atomstroms von 2,2 Cent pro kWh Strom. Diese Zukunftskosten werden zum Beispiel durch die Sanierungskosten für die maroden Atommüllendlager Asse II und Morsleben, Steuervergünstigungen bei den Rückstellungen und die Vorteile aus der Strompreiserhöhung durch den Emissionshandel anfallen. Während es beim Einstieg in die Atomenergieproduktion vorwiegend um den Aufbau von Forschungsreaktoren ging, fallen in jüngerer Zeit zunehmend Kosten für Stilllegung, Rückbau und Entsorgung an. Die tatsächlichen Kosten könnten allerdings in Zukunft noch weitaus höher ausfallen, als es eine Studie heute zu berechnen im Stande ist, da fortwährend neue Probleme beim Rückbau radioaktiv verseuchter Anlagen und der Entsorgung auftreten.

Externe Kosten und fehlende Haftpflicht

Noch nicht einbezogen in die Bilanzierung der Gesamtsubventionen wurden die *externen Kosten der Atomenergie*, verursacht vor allem durch die fehlende Haftpflichtversicherung für die tatsächlichen Kosten eines Super-GAU. Schätzungen unterschiedlicher Studien zur Höhe des geldwerten Vorteils der Atomkraftwerksbetreiber gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen durch eine fehlende ausreichende Haftpflichtversicherung decken eine Bandbreite bis zu 11.413 Mrd. Euro ab. Damit wäre Atomstrom um bis zu 2,70 Euro pro Kilowattstunde teurer und damit weder bezahlbar noch wettbewerbsfähig. Die exakte Bestimmung dieser externen Kosten der Atomkraft ist jedoch schwierig und wissenschaftlich umstritten.

Bestimmte Bereiche der direkten Förderung z.B. durch Geld aus Länderhaushalten konnten im Rahmen dieser Studie ebenso nicht recherchiert und berücksichtigt werden. Staatliche Leistungen, wie die Ausgaben für Polizeiliche Sicherung von Atomtransporten und die Unterdeckung der Kosten für Atomverwaltung wurden zwar aufgeführt und beziffert, aber nicht in die Berechnung der Gesamtsumme mit einbezogen. Die tatsächliche Begünstigung der Atomstromkonzerne liegt also weit über den hier konservativ berechneten Kosten.

Schlussfolgerungen

Heute schon steht fest, dass die Nutzung der Atomenergie die Bundesbürger mindestens rund 260 Mrd. Euro oder 6 Cent pro kWh Strom kostet - zusätzlich zum Strompreis. Atomstrom rechnet sich allein für die Betreiber der Atomkraftwerke E.on, RWE, Vattenfall und EnBW, die mit abgedescribten AKW riesige Gewinne erwirtschaften. So haben diese vier Stromkonzerne zwischen 2002 und 2008 ihre Gewinne auf rund 100 Mrd. Euro gesteigert⁴. Mit den bereits abgedescribten AKW erwirtschaften sie täglich rund eine Mio. Euro pro AKW. Daher setzen sie sich massiv für eine Laufzeitverlängerung der ältesten und damit unsichersten Atommeiler ein. Die Gesellschaft kommt die Atomenergienutzung teuer zu stehen. Die Steuerzahler haben den Bau der heute noch laufenden 17 AKW durch Subventionen bereits circa zehn mal aus eigener Tasche bezahlt⁵. Die vorzeitige Abschaltung aller AKW bis 2015 stellt deshalb auch keinen Eingriff in die Eigentumsrechte der Betreiber dar. Die bis heute andauernde massive Subventionierung der Atomkraft behindert zudem umweltfreundliche Innovationen wie z.B. den Ausbau der Erneuerbaren Energien (Forschung, Netzinfrastruktur, Marktverzerrung).

⁴Lepich 2009 : „Stromwatch 2“, Studie im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen.

⁵Bei der Annahme von durchschnittlichen Baukosten der deutschen Atomkraftwerke von 1,5 Mrd. € pro AKW nach heutigen Preisen.

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

V.i.S.d.P. Andree Böhling

Die Greenpeace-Subventionsstudie zeigt die erheblichen Marktverzerrungen im deutschen Energiemarkt durch staatliche Subventionierung, die sich auf die Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Energieträger erheblich ausgewirkt hat und noch heute auswirkt. Atomenergie hat von Anfang an im Vergleich mit anderen Wirtschaftsbereichen immer eine Sonderrolle gespielt – gerade, was die finanziellen Begünstigungen durch den Staat angeht.

Greenpeace fordert:

- Offenlegung und Beendigung der vielfältigen staatlichen Begünstigungen für die Atomkraft
- Anwendung des Verursacherprinzips: Gesetzliche Verpflichtung der Energiekonzerne zur Übernahme bekannter und zukünftiger Kosten, die durch Atomstromproduktion entstehen (z.B. Sanierung der Endlager Asse II und Morsleben)
- Überführung der steuerfreien Rückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds mit Verwendungsvorschriften
- Einführung einer Kernbrennstoffsteuer (u.a. um externe Kosten der Atomkraft zu internalisieren)
- Kündigung der Euratom-Mitgliedschaft
- Begrenzung der Forschungsförderung für Atomtechnologie auf Sicherheit, Stilllegung und Entsorgung. Mittelverschiebung in Erforschung Erneuerbarer Energien und Energieeffizienz
- Ausschluss von Exportkreditgarantien sowohl der Bundesregierung als auch der Bundes- und Landesbanken für Atomprojekte
- Ergebnisoffenes und vergleichendes Verfahren zur Suche nach dem bestmöglichen Endlagerstandort zur Minimierung von gesellschaftlichen Folgekosten in der Zukunft
- Vorzeitige Umsetzung des Atomausstiegs bis spätestens 2015.

Lesetipps:

Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft. Staatliche Förderungen der Atomenergie im Zeitraum 1950 – 2008. FÖS-Studie im Auftrag von Greenpeace e.V. Berlin, 2009.

Eutech. Klimaschutz: Plan B 2050. Energiekonzept für Deutschland. Eutech-Studie im Auftrag von Greenpeace e.V. Hamburg, 2009.

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

V.i.S.d.P. Andree Böhling

Staatliche Förderung der Atomkraft in Deutschland
(ohne externe Kosten – alle Angaben in Mrd. Euro)

	Förderungen 1950–2008	zukünftige Förderungen ab 2009	0	10	20	30	40	Mrd. €
Finanzhilfen	> 60,8	> 7,1						
Forschung D	41,2	1,4						
Ausgaben Bundesländer	5,2	k.A.						
Bürgschaften	> 0,14*	k.A.						
Euratom + Phare (Anteil D)	2,5	0,5						
Stilllegung Ost-D AKW	> 2,7*	1,0						
Wismut Sanierung	6,1	1,1						
Morsleben	> 1,0*	1,2						
Asse	> 0,3*	2,0						
Endlager Standort-Suche	0	0						
Tschernobyl	> 0,5*	k.A.						
Beiträge internat. Organisationen	> 1,2*	k.A.						
Steuervergünstigungen	> 64,8	42,0						
Rückstellungen	24,4	27,4						
Steuervergünst. Energiesteuer netto	40,5	14,6						
Budgetunabhängige staatliche Regelungen	> 39,1	43,4						
Strompreiserhöhung durch Emissionshandel	6,2	31,0						
Unvollständ. Wettbewerb in Elektrizitätswirtschaft	33,0	12,4						
Summe: Alle Förderungen außer externe Kosten	> 164,7	> 92,5						
Durchschnittlich in Cent pro kWh Strom	> 3,9	> 2,2						

Spendenkonto

Postbank, KTO: 2 061 206, BLZ: 200 100 20

Greenpeace ist vom Finanzamt als gemeinnützig anerkannt. Spenden sind steuerabsatzfähig.

V.i.S.d.P. Andree Böhling